

Aktuelles >> Aktuelle News

:: Mit Klimaschutz gegen die Wirtschaftskrise  
+ 23.12.2008 + Die Jahrhundertherausforderung Klimawandel und die  
Wirtschaftskrise können den überfälligen ökologischen Strukturwandel  
antreiben. DUH-Bilanz zur Jahreswende 2008/2009.

Dem Klima-Wende-Jahr 2007 folgte ein Jahr großer politischer und  
gesellschaftlicher Verunsicherung, an dessen Ende zweierlei  
festgestellt werden kann: Sich selbst überlassene globale  
Finanzmärkte können die Realwirtschaft weltweit in den Abgrund  
reißen und das Erschrecken über den stattfindenden Klimawandel  
reicht noch nicht aus, um die Politik dauerhaft auf eine konsistente  
Strategie hin zu orientieren, die beide Herausforderungen bewusst und  
gemeinsam zu bewältigen versucht. Das erklärten die  
DUH-Bundesgeschäftsführer Rainer Baake und Jürgen Resch anlässlich  
ihrer Jahresbilanz 2008 und der Vorstellung des DUH-Jahresberichts

Mit den Nicht-Beschlüssen von Poznan, dem Flickenteppich aus  
Kompromissen und einander widersprechenden Ausnahmen beim  
Europäischen Rat in Brüssel und schließlich der gestrigen Zustimmung  
des EU-Parlaments zu diesem Klimapakete sind die umweltpolitischen  
Schlachten des Jahres 2008 geschlagen. Damit steht der europäische  
Rahmen für den Klimaschutz bis 2020 im Wesentlichen fest.  
Deutschland hat seine Führungsrolle eingebüßt und wird als Bremser  
wahrgenommen.

Bei den CO<sub>2</sub>-Grenzwerten für die Pkw-Hersteller hat insbesondere die  
deutsche Autoindustrie mit Unterstützung der Kanzlerin alle ihre  
Forderungen durchsetzen können. Bis 2012 erhalten die europäischen  
Autokonzerne sogar die Möglichkeit, den durchschnittlichen  
CO<sub>2</sub>-Ausstoß ihrer Neufahrzeuge zu erhöhen. Die Stromkonzerne sind  
mit ihrer Forderung, die Privilegien der klimaschädlichen Kohle zu  
erhalten, weitgehend gescheitert. Ab 2013 müssen sie alle  
Emissionsrechte ersteigern, nur in den osteuropäischen Staaten  
kommt die vollständige Versteigerung später.

Der von der Umweltseite erzeugte öffentliche Druck hat ein weiteres  
Aufweichen des ursprünglich in sich schlüssigen  
Kommissionsvorschlags verhindert. Bei der Industrie hingegen gibt es  
für die größten Klimasünder die größten Ausnahmen – auch dies nach  
einem Sondereinsatz der deutschen Kanzlerin Angela Merkel. Ihr  
Versuch die drohende Rezession und die möglichen Folgen für den  
Arbeitsmarkt gegen einen wirksamen Klimaschutz auszuspielen, zeugt  
von einer bemerkenswerten Kurzsichtigkeit. Gestern noch war  
Klimaschutz die „größte Herausforderung für die Menschheit“ – heute  
glauben die Kanzlerin und ihr Kabinett, sie kämen im Rückwärtsgang  
aus der Wirtschaftskrise. Doch Strukturkonservierung wird als  
Arbeitsplatzsicherung missverstanden und verschärft dauerhaft die  
Probleme, statt sie zu lösen. Wir müssen den Vorwärtsgang einlegen.

Jeder einzelne Vorschlag zur Bewältigung der heraufziehenden  
Rezession muss auf seine mittel- und langfristige Tragfähigkeit  
geprüft werden. Und das heißt vor allem: Er muss den ökologischen  
Strukturwandel voranbringen und den Klimawandel bremsen. Alles  
andere werden das Land, die Unternehmen und die Beschäftigten teuer  
bezahlen müssen, denn ein Wirtschaftsaufschwung mit alten  
Techniken verschärft das Klimaproblem.

Rainer Baake: Das Neue Jahr muss genutzt werden, den  
inkonsistenten europäischen Rahmen durch nationale Maßnahmen so  
auszufüllen, dass in Deutschland eine zukunftsfähige  
Energieerzeugung entsteht. Wir brauchen ein funktionsfähiges,  
widerspruchsfreies und sicheres Stromerzeugungssystem. Am 1.  
Januar tritt die Novelle des kürzlich von allen Parteien im Deutschen  
Bundestag verabschiedeten „Erneuerbaren Energiegesetzes“ in Kraft.

Der Anteil der Erneuerbaren an der Stromerzeugung soll bis 2020 auf mindestens 30 Prozent verdoppelt werden. Den Erneuerbaren wird zu Recht weiterhin ein gesetzlicher Vorrang in allen Strom-Netzen eingeräumt. EEG-Strom ist damit per Gesetz „Grundlaststrom“.

Die Politik und die traditionelle Stromwirtschaft müssen lernen, dass ein kräftig wachsender Anteil erneuerbarer Energien eine schrittweise Umstellung des gesamten Systems erfordert. Schwankende Einspeisungen von großen Mengen Wind- und später Sonnenstrom erfordern einen Kraftwerkspark, der darauf flexibel reagieren kann. Mit Atom- und neuen Kohlekraftwerken geht das nicht. Wenn die Politik das nicht versteht – ja sogar noch neue Kohlekraftwerke aus den Erlösen versteigert Klimashutzzertifikate subventionieren will – dann ist diese Strategie nicht nur absurd, sie fährt auch die in Deutschland kraftvoll begonnene Energiewende an die Wand. Die Verantwortlichen in Unternehmen und Regierungen hätten jetzt die Chance, den Strukturwandel zu befördern und den Weg in eine nachhaltige Wirtschaft zu ebnen.

Jürgen Resch: 2009 wird das Schicksalsjahr für die deutsche Automobilindustrie. Die derzeitige Kaufzurückhaltung bei Neuwagen wird so lange fortbestehen, bis die Bundesregierung ihre Hausaufgaben erledigt und ein wirksames Konjunkturprogramm zur gezielten Förderung spritsparender Fahrzeuge umgesetzt hat. Der derzeitige Käuferstreik zwingt zudem erstmals die Autobauer, über neue Fahrzeug- und Antriebskonzepte nicht nur nachzudenken, sondern sie auch umzusetzen. Solange allerdings die Bundesregierung – im Gegensatz zu fast allen anderen europäischen Staaten – die Spritfresser einseitig fördert und sparsame Fahrzeuge links liegen läßt, bremst sie den notwendigen Umbau in der Modellpolitik.

Der in Brüssel erfolgreiche, gemeinsame Einsatz von Politik und Autokonzernen für übermotorisierte Großlimousinen wird ein Pyrrhussieg bleiben, weil die Fahrzeuge spätestens nach dem nächsten Ölpreisschub keine Käufer mehr finden werden. Schon jetzt stehen Spritmonster auf deutschen Straßen kurz vor der Ächtung. Wir erleben in der Verkehrspolitik ein völliges Politikversagen. Kanzlerin Merkel und ihr Kabinett haben drei Jahre lang kein Konzept für eine ökologische Verkehrspolitik gefunden und sich stattdessen Gesetze von der Autoindustrie diktieren lassen. Wer im Konjunkturprogramm Klimakiller um ein mehrfaches höher fördert als Spritsparfahrzeuge, wird erleben, dass die Verbraucher selbst die Steuerung hin zu weniger spritdurstigen Pkw vornehmen, die die Politik verweigert. Wenn die Bundesregierung der Automobilindustrie im kommenden Jahr und darüber hinaus helfen will, muss sie eine Kfz-Steuerreform einführen, die hohe CO<sub>2</sub>-Emissionen hart bestraft und vergleichsweise klimafreundliche, moderne Fahrzeuge gezielt entlastet.

Der Jahresbericht weist die DUH als weiter dynamisch wachsende Umwelt- und Verbraucherschutzorganisation aus, die sich auf sehr vielen umweltpolitisch relevanten Feldern zunehmend Gehör verschafft. Die Bereiche Verkehr und Luftreinhaltung sowie Energie und Klimaschutz konnten im vergangenen Jahr erheblich ausgebaut und die Aktivitäten deutlich ausgeweitet werden.

Quelle:  
Deutsche Umwelthilfe 2008